Havarie in Berlin: 100 Jahre alte Wasserrohre zeugen vom wahren Zustand des westlichen Systems

1 Jan. 2025 19:52 Uhr

Ein Wasserrohrbruch legte an Silvester die Berliner Versorgung lahm. Ein Zufall war das nicht: Die Leitung stammt aus den 1920er Jahren und wurde niemals ausgewechselt. Auch an anderen Stellen des Gemeinwesens bröckelt der Lack in Windeseile. Das zeugt vom Zustand des westlichen Systems.

Quelle: www.globallookpress.com © IMAGO/dts Nachrichtenagentur
Die Seestraße im Berliner Wedding nach dem Wasserrohrbruch am Silvesterabend

Von Susan Bonath

Gerne schwadronieren deutsche Medien über die Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs der DDR. Die Infrastruktur sei marode und kaputt gewesen, nur ihr Anschluss an den glorreichen Westen habe dem letztendlich abhelfen können. Doch wie man heute weiß, trog die glitzernde Oberfläche: Vieles war ganz offensichtlich mehr Schein als Sein. Heute, 35 Jahre später, bröckelt die Makulatur im Eiltempo.

Das Gemeinwesen wurde in der BRD jahrzehntelang kaputtgespart, wie sich nun zeigt. Davon zeugen nicht nur einsturzgefährdete Brücken, veraltete Schienen, marode Eisenbahnen und eine zunehmend ausgedünnte medizinische Versorgungslandschaft. Auch die Wasserleitungen vergammeln wortwörtlich unter der Erde. Das hat eine Havarie an Silvester in Berlin gezeigt: Ein Rohrbruch ließ die Versorgung mit Trinkwasser in Teilen der Hauptstadt ausfallen. Kein Wunder: Die Leitung war um die 100 Jahre alt.

Wasserhavarie in Berlin

Laut *rbb* kam es an Silvester gegen 20 Uhr zu dieser Havarie. Im Berliner Stadtteil Wedding brach ein uraltes Wasserrohr. In mehreren Bezirken – "von Reinickendorf bis Kreuzberg" – fiel die hauptstädtische Wasserversorgung aus. Vielerorts habe sie zwar nach rund zwei Stunden "durch Schließen mehrerer Ventile im Wasserwerk" wieder funktioniert, aber nicht überall.

Natürlich betraf die Havarie auch die Feuerwehr, was an Silvester besonders ärgerlich hätte enden können. Das betroffene Rohr mit etwa 70 Zentimetern Durchmesser, über das ein großer Teil der Berliner Versorgung läuft, wurde, man glaubt es kaum, demzufolge in den 1920er Jahren verlegt – vor rund 100 Jahren! Die Wasserbetriebe vermuten eine "Materialermüdung", müssten aber die genaue Ursache noch klären.

Die Reparaturen dauerten indes am Neujahrstag an. Im ehemaligen Arbeiterviertel Wedding musste in der Nacht ein "See" abgepumpt werden, der durch ausströmendes Wasser entstanden war. Einige Straßen waren auch nach dem Jahreswechsel noch gesperrt, weil überschwemmt.

Ungesunde Uralt-Leitungen

Uralt-Wasserrohre werfen drängende Gesundheitsfragen auf: Fachleuten zufolge wurden bis Anfang der 1970er Jahre noch Leitungen aus Blei verlegt – und vielfach bis heute nicht ersetzt, obwohl die dadurch entstehenden Gefahren bekannt sind: Giftiges Blei löst sich aus den Rohren und gelangt ins Trinkwasser. Auch vielfach verlegte Kupferrohre sind aus gleichen Gründen vor allem für Säuglinge und Kleinkinder nicht unbedingt ganz ungefährlich.

Die Frage, warum so viele alte Leitungen bis heute nicht saniert wurden, ist relativ einfach zu beantworten: Es ist zu teuer. Die Wasserversorgung obliegt den Kommunen, und denen fehlt das Geld, auch weil der Bund knausert. Die Folge: Sie sparen am Gemeinwohl, nicht nur bei der Wasserversorgung, sondern auch bei anderen kommunalen Aufgaben, wie Jugendhilfe, Gesundheitswesen und so weiter.

Kaputtgespartes Gesundheitssystem

Dass uralte Wasserrohre brechen, ist natürlich erwartbar. In Berlin geschah das in den letzten Jahren zunehmend, zum Beispiel 2023, als ausgerechnet ein Krankenhaus besonders stark davon betroffen war.

Die Kliniken in Deutschland sind längst dem Profitzwang des Marktes unterworfen worden, nicht nur die privatisierten. Die Folge: Sie sparen am Personal, lagern Küchen und Labore in den prekären Sektor aus und schließen wichtige, aber wenig lukrative Abteilungen, wie Geburts- oder Kinderstationen. Seit Jahren warnt etwa die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) vor einem Kollaps der Krankenhäuser. Zum Jahresende 2024 sah sie deren wirtschaftliche Lage an einem "historischen Tiefpunkt".

Das Dilemma geht jedoch viel weiter. Das ganze Gesundheitssystem werde "kaputtgespart", berichtete im Oktober 2024 die Wochenzeitung *Der Freitag*. Den Pflegekassen fehlen demnach Milliarden, den Apotheken wichtige "Allerweltsmedikamente", darunter Antibiotika, Blutdrucksenker, HIV-Arzneien und sogar Schmerzmittel für Kinder. Gesetze, die gegensteuern sollen, hätten nicht gewirkt.

Brücken und Bahn verrotten

Die verrottende Infrastruktur zeigt sich auch in anderen Bereichen. Das Unternehmen "ibau", das staatliche Stellen und den privaten Sektor über Ausschreibungen und Auftragsvergaben berät, warnte schon letzten Sommer vor rund "4.000 maroden Brücken", die dringend saniert werden müssten.

Das war knapp zwei Monate vor dem Einsturz der Dresdner Carolabrücke. Mehr als ein Jahr zuvor, Anfang 2023, berichtete der *Südwestrundfunk (SWR)* sogar von 16.000 sanierungsbedürftigen Brücken in Deutschland und titelte: "Zeitbombe Brücken – mit Vollgas ins Unglück?". Mit anderen Worten: Das Problem ist seit langem bekannt. Nur unternommen wurde offensichtlich wenig.

Vom Zustand der Bahn können sicherlich viele Nutzer inzwischen ein Lied singen. Kurz gesagt: Mal fährt sie, mal fährt sie nicht, meistens ist die unpünktlich, der Service ist miserabel und ein paar Zentimeter Schnee legen immer öfter alles lahm. Ob man als Fahrgast sein Ziel erreicht, vor allem wann, hat immer mehr mit Glück zu tun. Zugleich klagt das privatisierte Unternehmen, das seine Vorstandsmitglieder weiter mit Millionenboni beglückt, über "Milliardenverluste".

Der Lack ist ab

Man könnte dutzende weitere Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge aufzählen, die nicht mehr richtig, oft kaum noch funktionieren. Das Problem ist also nicht allein durch individuelles Fehlverhalten erklärbar, sondern eindeutig systemischer Natur: Wer das Gemeinwohl dem Markt und damit dem Profitzwang unterwirft, sorgt notwendigerweise dafür, dass auch an wichtigen Ausgaben gespart wird.

Anders ausgedrückt: Sanierung, Löhne und Gehälter sind Betriebsausgaben, welche den Profit privater Konzerne natürlich mindern, aber auch die klammen Kassen des Staates leeren. Letzterer ist prinzipiell den gleichen Zwängen unterworfen, will er sich nicht heillos bei Privatiers verschulden. Die neoliberale Antwort darauf ist stets die gleiche: noch mehr Deregulierung, noch mehr Freiheit fürs Großkapital. Doch das verschärft nur das Problem. Und am Ende bricht alles zusammen.

Um auf den Anfang dieses Beitrags zurückzukommen: Natürlich, vieles konnte die von westlichen Sanktionen gebeutelte DDR nicht innerhalb von 40 Jahren sanieren. Doch eins ist sicher: Die Bahn, die medizinische Versorgung und andere Bereiche des Sozialwesens funktionierten erstaunlich reibungsloser und bürgerfreundlicher. Das lag wahrscheinlich nicht zuletzt daran, dass sie keine Rücksicht nehmen musste auf die Profitinteressen diverser Konzernlenker, Aktionäre, Vorstände und Aufsichtsräte.

Man könnte sich nun folgende Frage stellen: Wie konnten eigentlich innerhalb von nur 35 Jahren die 1989 gepriesenen "blühenden Landschaften" im angeblich so "fortschrittlichen Westen" in so weiten Teilen fast zusammenbrechen? Man liegt mit Sicherheit nicht ganz falsch mit der Feststellung: Da war wohl auch viel Show und Propaganda im Spiel, ein Spiel auf Zeit mithin. Und offensichtlich ist der Lack so gut wie ab.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.